

KOLUMNE

Die Schweiz und Europa: Selbstbewusstsein statt Selbstüberschätzung

In den Verhandlungen mit der EU muss sich die Schweiz nicht verstecken. Sie sollte ihre Offenheit in die Waagschale werfen und künftige Nadelstiche seitens der EU parieren.

Gerhard Schwarz
17.8.2019, 05:30 Uhr

In den Sommerferien hatte ich Gelegenheit, mich mit einem hohen EU-Beamten informell auszutauschen. Er bezeichnet sich als Freund der Schweiz, und es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln. Das Gespräch weckte bei mir Verständnis und gab neue Impulse, bestärkte aber zugleich lange gereifte Überzeugungen. Mein Gegenüber betonte immer wieder, wie schwierig die Situation für die EU sei. Die Verantwortlichen könnten gar nicht anders, als hart zu agieren. Nur so liessen sich die zentrifugalen Kräfte in der Union bändigen. Was aus schweizerischer Sicht oft stur wirke, sei nicht so sehr gegen die Schweiz gerichtet, sondern habe mit auseinanderstrebenden Tendenzen in Europa, vor allem dem Brexit, zu tun.

Mein Gesprächspartner dachte offensichtlich in Kategorien eines Kerneuropa, wirtschaftlich, politisch, auch wertemässig, von dem sich kein Land zu sehr wegbewegen darf. Deutlich wurde auch, dass sich die Schweiz nicht viel Hoffnungen auf Nachgeben machen kann. Die EU scheint sogar mit Blick auf das langfristige Ziel eines geeinten Europa zu mancher Selbstschädigung bereit, so zum Ausschluss der besten Universitäten Europas aus der europäischen Forschungs Kooperation, nur weil diese nicht in der EU-27 liegen, sondern in den «renitenten» Ländern Grossbritannien und der Schweiz.

Der Impuls, den ich aus dem Gespräch mitnahm, war, dass sich die Schweiz nicht überschätzen sollte (das ist selten hilfreich), dass sie aber doch mit mehr Selbstbewusstsein auftreten müsste. Die Bürger bekunden zwar mit der Personenfreizügigkeit oft Mühe, aber im Gegensatz zu Grossbritannien gehört die Schweiz zum Schengen-Raum. Sie ist, wie der hohe Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung von 25 Prozent, der Anteil von im Ausland Geborenen von fast 30 Prozent und die täglich gut 300 000 Grenzgänger belegen, ein geradezu ungewöhnlich offenes Land. So viel Offenheit herrscht sonst in der EU nur in Luxemburg, aber nicht in den Ländern, die glauben, die Schweiz wegen ihrer angeblichen Abschottung tadeln zu müssen.

Die Schweiz muss sich also nicht verstecken und sollte in Verhandlungen ihre extreme Offenheit durchaus in die Waagschale werfen. Zum gesunden Selbstbewusstsein gehörte aber vor allem, zu versuchen, die zu erwartenden weiteren Nadelstiche zu parieren. Bei der Börsenäquivalenz scheint das gelungen. Gerne würde man aus Bern hören, dass in den Bereichen Medtech sowie Bildung und Forschung, in denen die EU Drohgebäude aufbaut, ebenfalls ein wirksamer Plan B in der Schublade liegt.

Schliesslich wurde mir ein weiteres Mal bewusst, dass die im Rahmenvertrag vorgeschlagene Lösung mit dem Schiedsgericht noch problematischer ist als die vom Bundesrat als klärungsbedürftig bezeichneten Dossiers Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie. Es geht hier um laufende Rechtsübernahme, zwar nicht von einem per se böswilligen Partner, aber doch von einem staatlichen Gebilde sui generis, das in vielen Belangen völlig anders tickt als die Schweiz und dessen Finalität nicht in einer spontanen, sich von unten entwickelnden Ordnung liegt, sondern in einer Kopfgeburt, die auf lauter guten Absichten beruht.

Sich im Streitfall einem Schiedsgericht zu unterwerfen, das sich seinerseits in 90 Prozent der Fälle beim obersten Gericht einer der beiden Parteien der «Richtigkeit» seiner Entscheide vergewissern muss, ist an sich schon unwürdig. Wenn diese Partei zudem in fundamentalen Fragen des Staatswesens und der Souveränität der Bürger gänzlich andere Auffassungen vertritt, lässt sich eine solche Unterwerfung erst recht nicht rechtfertigen, auch nicht unter dem Titel des Wohlstands.

Alle bisher erschienenen Kolumnen von Gerhard Schwarz finden Sie [auf unserer Übersichtsseite](#).

GASTKOMMENTAR

Zu den Aber beim Rahmenabkommen

Unionsbürgerrichtlinie, Streitschlichtung, Guillotine: Sind die Aber beim Rahmenabkommen wirklich gewichtiger als das Ja?



Jean-Daniel Gerber / 26.2.2019, 05:30

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.